

XXII. GP.-NR

3169 /J

16. Juni 2005

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Kräuter
und GenossInnen
an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und
Wasserwirtschaft
betreffend Bauschuttdeponie in Hitzendorf/Steiermark

Im Zusammenhang mit einem Bewilligungsbescheid, GZ: FA 13A-38.2075-03/11 einer Müll- bzw. Bauschuttdeponie in Hitzendorf dürfte es aufgrund einer fragwürdigen Terminabfolge bei der Kundmachung zu groben Unregelmäßigkeiten gekommen sein. Die Anrainer wurden erst am Vortag der Verhandlung geladen, die Deponiepläne lagen allerdings nur bis zu diesem Vortag im Gemeindeamt und im Land Steiermark für die Anrainer zur Einsicht auf. Nunmehr sollen die Gemeindebürger von Hitzendorf nach einem einstimmigen Gemeinderatsbeschluss gegen das Projekt eine Art „Abschlagszahlung“ für den Verzicht der Betreiberfirma auf das Projekt leisten. Diesbezüglich wird eine Summe in der Höhe von 1,7 Millionen Euro genannt.


Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft nachstehende

Anfrage:

1. Können Sie als Umweltminister der Republik Österreich akzeptieren, dass Anrainer in sensiblen umweltrelevanten Verfahren erst am Vortag zu einer öffentlichen Verhandlung ohne Möglichkeit der Einsichtnahme in die Pläne geladen werden?
2. Wenn nein, welche Möglichkeiten stehen Ihnen offen, korrigierend einzuschreiten?

DVR 0636746

3. Sollte diese Vorgangsweise bewusst und gezielt erfolgt sein, werden Sie entsprechende behördliche Schritte, etwa wegen Amtsmissbrauch einleiten?
4. Sind Ihnen Präzedenzfälle bekannt, wo von Betreiberfirmen von Müll- oder Bauschuttdeponien bei Widerstand und Ablehnung der Gemeinde gegen ein Projekt hohe Summen an Abschlagszahlungen verlangt werden?
5. Sollte seitens des Landes nicht mit der Einschaltung der Gemeindeaufsichtsbehörde und des Landesrechnungshofes reagiert werden, werden Sie dementsprechende Initiativen setzen?


Gerald Engel
für Kitz